

## AUSLAND/INLAND

## Nahost-Gespräche verlängert

Washington – Die Nahost-Friedensgespräche sollen nach Angaben aus Washington auch nach Ablauf der bisherigen Frist am 29. April fortgesetzt werden. „Beide Seiten haben uns gesagt, dass sie die Verhandlungen fortführen wollen, und sie suchen nach einem Weg, um genau dies zu erreichen“, sagte US-Außenamtssprecherin Jen Psaki am Dienstag in Washington. Ein für Mittwoch geplantes Treffen der Verhandlungsführer wurde nach israelischen Angaben allerdings verschoben. Von palästinensischer Seite hieß es, die Gesprächsrunde werde nun am Donnerstag stattfinden. Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu hatte zuvor die Friedensfähigkeit der palästinensischen Führung in Frage gestellt. AFP

## Valls stellt Sparpläne vor

Paris – Trotz des drohenden Widerstands linker Abgeordneter und der Gewerkschaften will die französische Regierung Renten, Beamtgehälter und die meisten Sozialleistungen bis Oktober 2015 einfrieren. Das kündigte Premierminister Manuel Valls am Mittwoch als Teil eines Sparprogramms an, das die Staatsausgaben zwischen 2015 und 2017 um 50 Milliarden Euro kürzen soll. Mindestrenten und die Sozialhilfe bleiben allerdings vom Rotstift verschont. Valls und Präsident François Hollande wollen mit den Einsparungen ein Reformprogramm finanzieren, um Firmen zu entlasten und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Zugleich ist Frankreich gegenüber der EU im Wort, sein Budgetdefizit von zuletzt 4,3 Prozent bis 2015 auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Dazu möchte Valls auch zehn Milliarden Euro im Gesundheitswesen streichen. CWE

## Islamistenführer ermordet

Beirut – Einer der Anführer der radikal-islamischen Al-Nusra-Front ist in Syrien gemeinsam mit seiner Frau und seiner Tochter getötet worden. Wie die oppositionellen syrischen Menschenrechtsbeobachter mitteilten, griffen vier Angehörige der rivalisierenden Miliz Islamischer Staat im Irak und Syrien den Kommandanten Abu Mohammed al-Ansari am Dienstagabend in einem Haus in der Provinz Idlib an. Sie erschossen ihn sowie seine Familienangehörigen. Auch ein Bruder des Milizenführers kam den Angaben nach bei dem Überfall ums Leben. DPA

## 0,5 Prozent für einen Sitz

Berlin – Nach dem Wegfall der Sperrklausel bei der Europawahl am 25. Mai haben auch die kleinen Parteien gute Chancen, ins nächste EU-Parlament einzuziehen. Diesmal könnten schon 0,5 Prozent der Stimmen reichen, um einen Sitz zu erringen, sagte Bundeswahlleiter Roderich Egeler am Mittwoch. Das entspreche etwa 130 000 Stimmen bundesweit. Ganz genau lasse sich diese Schwelle aber wegen mehrerer Unwägbarkeiten noch

ANZEIGE

**Ostern**

**Abi 2014 – und jetzt?**  
Ein Ratgeber für Schulabgänger.  
In der großen Osterausgabe  
am 19./20./21. April in Ihrer  
Süddeutschen Zeitung.

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung

nicht berechnen. Hätte es bereits bei der Europawahl im Jahr 2009 keine Sperrklausel gegeben, wären die Freien Wähler mit zwei Abgeordneten, sowie die Republikaner, die Tierschutzpartei, die Familienpartei, die Piraten, die Rentnerpartei und die ÖDP mit jeweils einem Vertreter ins EU-Parlament eingezogen. sz

## Kaum Profit vom Mindestlohn

Nürnberg – Vom geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro werden nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern nur wenige sogenannte Hartz-IV-Aufstocker profitieren. Von den derzeit 1,3 Millionen Aufstockern würden voraussichtlich nur 60 000 aus der Jobcenter-Förderung herausfallen, geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Denn die meisten Aufstocker hätten nur einen Teilzeitjob von weniger als 22 Stunden in der Woche – entsprechend gering sei trotz Mindestlohns ihr Monatseinkommen. DPA

## Ataka in Bulgarien, Front National in Frankreich, Jobbik in Ungarn – der Kreml hat zu vielen nationalistischen Parteien in Europa ausgezeichnete Kontakte. Sie unterstützen Russlands Vorgehen in der Ukraine

VON FLORIAN HASSEL

Sofia – Wenn Wolen Siderow auf den Westen schimpft, kennt er keine Gnade. Seit Bulgarien Lidl-Supermärkte, Schell-Tankstellen und Raiffeisen-Banken ins Land gelassen hat, dazu Weltbank und Internationalen Währungsfonds, ist die Heimat „kolonial versklavt“. So jedenfalls sieht es Siderow, Chef der Partei Ataka (Angriff). „Nach dem Mauerfall lebten wir in der Illusion, der Westen wolle nur das Beste. Das war ein Irrtum: Tatsächlich kamen sie unter dem Deckmantel der westlichen Demokratie alle nur zu uns, um zu rauben und zu plündern“, sagt Siderow, der mit seinem scharfgeschnittenen Gesicht etwas von einem Falken hat und sein Büro im Zentrum von Sofia mit einer unkonventionellen Mischung aus Ikonen und Ölbildern, antiken Gewehren und Säbeln schmückt.

Bulgariens Politiker seien an dem Zustand mitschuldig, schließlich träten – außer ihm – alle regelmäßig zum Rapport beim US-Botschafter in Sofia an. Als Teil des Osmanischen Reiches habe Bulgarien einst unter dem „türkischen Joch“ gelitten, sagt Siderow, heute leide sein Land unter der „oligarchischen Weltmafia“, sprich: USA und EU. Auch im eigenen Land sieht er Feinde, „vor allem zigeunerische Diebe, Vergewaltiger und Mörder“. Siderows Rezept: mehr Polizisten, eine Aufrüstung der Armee, die Verstaatlichung zentraler Industriezweige, Religionsunterricht in der Schule sowie Volksabstimmungen über einen Austritt aus Nato und EU.

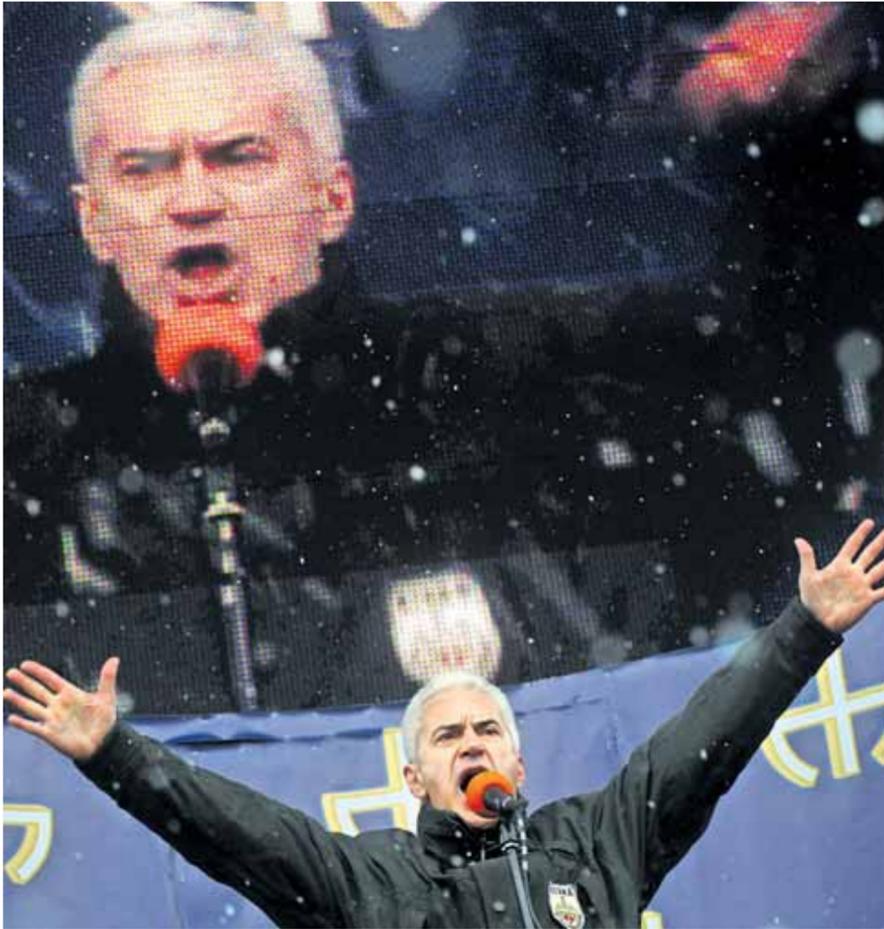
## „Wir Bulgaren fühlen uns traditionell mit Russland verbunden“, sagt der Parteichef

Nur für ein Land hat Siderow, der mit seiner 2005 gegründeten Ataka-Partei im Parlament ein wichtiger Machtfaktor ist, immer gute Worte übrig: „Wir Bulgaren fühlen uns traditionell mit Russland verbunden.“ Ohne Atakas Duldung wäre im Sommer 2013 eine moskaufreundliche Regierung nicht ins Amt gekommen; zuletzt stimmte Ataka Anfang April für ein Gesetz, die eine Erdgaspipeline des Gazprom-Konzerns durch Bulgarien der EU-Aufsicht entziehen soll. Und falls Bulgarien bei einer weiteren Zuspitzung der Ukraine-Krise schärfere EU-Sanktionen gegen Russland mittragen sollte, will Siderow „alles für den Sturz dieser Regierung tun“.

Seine russlandfreundliche Botschaft verbreitet Ataka im ärmsten EU-Land mit einem für eine kleine Partei erstaunlichen Aufwand. Im ganzen Land werben Plakate mit Siderows Kontorfei für Atakas Fernsehsender Alfa – ein Luxus, den sich sonst keine Partei leisten kann. Viele Beobachter gehen davon aus, dass Russland Ataka finanziert. Siderow bestreitet dies: „Wir haben nie Geld von Russland oder von russischen Firmen bekommen und tun dies auch heute nicht.“ Ataka bekomme nur Geld vom Staat, etwa 1,6 Millionen Euro im Jahr.

Ein Diplomat in Sofia ist nicht überzeugt: „Allein die Werbekampagne der letzten Monate kostet schon mehrere hunderttausend Euro – von den Kosten für den Fernsehsender ganz zu schweigen.“ Fest steht, dass Ataka Moskau bedingungslos unterstützt und Parteichef Siderow dort auch bei besonderen Anlässen zu Gast ist, so beim 60. Geburtstag von Präsident Wladimir Putin Anfang Oktober 2012. Empfangen wurde Siderow von Parlamentspräsident Sergej Naryschkin, wie Putin ein KGB-Veteran.

In der Ukraine-Krise wettet Putin oft gegen die angeblich in Kiev jetzt regierenden „Nationalisten, Neonazis, Russophoben und Antisemiten“. Dabei nutzt der



Russlands Mann in Sofia: Wolen Siderow, Gründer und Chef der rechtsextremen Partei Ataka. FOTO: DIMITAR DILKOFF/AFP

Kreml selbst seit Jahren Ultranationalisten und Rechtsradikale als politische Werkzeuge. In Russland ließ Putin schon Ende 2003 den Ultranationalisten (und heutigen Vizepremier) Dmitrij Rogosin die rechtsextreme Partei Rodina (Heimat) aufbauen. Putin griff auch das gegen den Westen gerichtete Konzept einer Eurasischen Gemeinschaft auf, das der Ultranationalist Alexander Dugin entworfen hat, seit 2010 Fakultätschef für Soziologie an Russlands angesehenster Hochschule, der Moskauer Lomonossow-Universität.

In Russland arbeiteten auch rechtsradikale Gruppen wie die Russische Nationale Einheit (RNE) seit Jahren mit offenkundiger Duldung oder gar Hilfe des Geheimdienstes, sagt Nikolaj Mitrochin von der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. „Für den Kreml und den Inlandsgeheimdienst FSB sind Rechtsradikale, die oft paramilitärisch ausgebildet sind, nützlich, weil sie die Ideologie russischer Größe und Expansion teilen und sowohl in Russland wie außerhalb einsatzbereit sind.“ Zu ihnen gehört offenbar auch Pawel Gubarew, der sich Anfang März in der ostukrainischen Stadt Donezk zum „Volks-gouverneur“ ausrief und mit der Kampagne für einen Anschluss der Ostukraine an Russland begann.

Gubarew war schon 2002 RNE-Mitglied, wie Fotos und Videos belegen, die der Wissenschaftler Mitrochin zusammengetragen hat. In Donezk wurde Gubarew

kaum verhüllt von russischen Geheimdienstlern betreut. Mittlerweile verzichtet Moskau mitunter schon auf jede Tarnung. Die Rodina-Partei etwa brüstete sich am 15. April, in Absprache mit den Separatisten seien Parteimitglieder nach Donezk geeilt, um ihnen beizustehen und die Rodina-Flagge zu hissen.

In Europa nutzt der Kreml nicht nur Ataka-Chef Siderow für seine Zwecke, sondern auch die französische Rechtsradikale Marine Le Pen oder Ungarns neofaschistische Jobbik-Partei, sagt Anton Shekhovtsov, der Europas Rechtsradikale und ihre Kreml-Kontakte am University College in

## „Die Rechtsradikalen stimmen mit Putins autoritärem Regierungsmodell überein.“

London erforscht. „Putin weiß, dass Europas Mainstream-Parteien ihn immer weniger mangelnder Demokratie oder Menschenrechtsverletzungen kritisieren werden.“ Die Rechtsradikalen dagegen stimmen mit Putins autoritärem, sozialkonservativem Regierungsmodell überein, sie wollen wie er die EU schwächen – und sie sind etwa in Frankreich oder Ungarn stark im Aufwind“, so Shekhovtsov.

Außer bei Ataka sieht der Londoner Wissenschaftler auch bei Jobbik oder dem Front National „Indizien, dass sie von Moskau mitfinanziert werden“. So sei der Job-

bik-Funktionär und EU-Abgeordnete Béla Kovács auch Schatzmeister einer Allianz europäischer Rechtsradikaler. Kovács habe am MGIMO studiert, der Kadenschmiede russischer Agenten und Diplomaten und pflege gute Kontakte nach Moskau.

In der Ukraine-Krise sichern Moskaus nationalistische Verbündete die Kreml-Propaganda ab. „US-Stiftungen haben in der Ukraine fünf Milliarden Dollar in extremistische Gruppen wie Swoboda oder Prawy Sektor gesteckt“, sagt etwa Ataka-Chef Siderow. „Die neue ukrainische Regierung hat gesagt, dass sie Russen und Juden töten muss.“ Beide Behauptungen sind frei erfunden.

Zudem, so Siderow, sei die Ukraine „eine künstliche Staatsgründung“ – eine Formulierung, die am 9. April auch Jobbik-Parlamentarier Tamas Gaudi Nagy vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zum Besten gab, unterstützt von einem T-Shirt mit der Aufschrift „Die Krim gehört legal zu Russland!“ Jobbik, Front National und Ataka schickten auch „Wahlbeobachter“, die am 16. März das Referendum über die illegale Annexion der Krim als „hundertprozentig in Übereinstimmung mit europäischen Standards“ priesen. Im Oktober 2014 dann können Europas Radikale gemeinsam über ihre Unterstützung für den Kreml beraten: Dann lädt die rechtsradikale Rodina-Partei Europas Ultranationalisten zum Russischen Nationalforum nach Sankt Petersburg.

## 300 000 Fertigmahlzeiten

Washington unterstützt Kiew rhetorisch, aber nicht mit Waffen

Washington – Die US-Regierung ist in der Ukraine-Krise um Schärfe gegenüber Moskau bemüht. Bevor Außenminister John Kerry an diesem Donnerstag in Genf mit seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow sowie Vertretern der EU und der Ukraine zusammentrifft, hat das Weiße Haus den Militäreinsatz der Kiewer Übergangsregierung gegen prorussische Separatisten mehr oder weniger gutgeheißen. Gewalt sei zwar „nicht die bevorzugte Option“, sagte ein Sprecher, doch die ukrainische Regierung sei verantwortlich für „Recht und Ordnung“ und habe angesichts der Provokationen „reagieren müssen“. Zugleich drohte US-Präsident Barack Obama seinem russischen Kollegen Wladimir Putin in einem Telefonat am Montag erneut „Kosten“ an, sollte die Lage in der Ukraine eskalieren.

Allzu schmerzhaft dürften allerdings auch mögliche neue Strafmaßnahmen nicht ausfallen. Sie dürften wieder vor allem Einzelpersonen aus dem Umfeld des Kreml treffen – etwa Igor Setschin, den Präsidenten der staatlich kontrollierten russischen Ölfirma Rosneft. Das wäre westlichen Unternehmen unangenehm; die britische BP hält etwa 20 Prozent an Rosneft, und die US-Firma ExxonMobile führt mit den Russen milliardenschwere Explorationsprojekte in der Arktis und in Sibirien durch. Weil aber nicht Rosneft, sondern nur deren Chef ins Visier genommen wird, können die Geschäfte weitergehen. Die Sanktionierung ganzer Wirtschaftszweige, die sich Obama vorbehält, steht derzeit nicht an. Washington will sich solche Maßnahmen aufsparen und erst sicherstellen, dass die Europäer mitziehen.

Die zögerliche Strategie bringt Barack Obama seit Wochen Kritik ein. Der Präsident sei ein „Papiertiger“, der Putin freie Hand gebe, er lasse selbst „Jimmy Carter wie Attila den Hunnen aussehen“, findet Andrew Kuchins, Russland-Experte der Denkfabrik Center for Strategic and International Studies. Weil Obama Drohungen ausspreche, die er weder durchsetzen könne noch wolle, mache er sich ungläubwürdig, meint auch der Politologe Ian Bremmer. Die US-Regierung begehe den gleichen Fehler wie vorigen Sommer beim Giftgas-Einsatz in Syrien.

Doch der Handlungsspielraum des US-Präsidenten ist beschränkt. Selbst die härtesten Falken räumen ein, dass eine militärische Strafaktion gegen Moskau unmöglich ist. Sie fordern statt dessen Militärhilfe für Kiew. Der republikanische Senator John McCain etwa verlangte am Sonntag die Bewaffnung der ukrainischen Truppen: „Sie werden kämpfen. Wir sollten ihnen um Gottes Willen zumindest ein paar leichte Waffen geben, mit denen sie sich verteidigen können.“

Doch davon will das Weiße Haus nichts wissen. „Wir sehen keine militärische Lösung für diese Krise“, sagte Sprecher Jay Carney. Auch harmloses Hilfsmaterial für das ukrainische Militär gibt es deshalb kaum, bisher haben die USA nur 300 000 Fertigmahlzeiten für die Soldaten geliefert – eine Aktion, die den ehemaligen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski spotten lässt: „Man kann keinen militärischen Konflikt gewinnen, indem man Pfannkuchen wirft.“ Auch der pensionierte Nato-General Wesley Clark, der 1999 den Kosovo-Einsatz der Allianz kommandierte, hält die mangelnde US-Unterstützung für falsch. Die Ukraine benötige dringend Nachtsichtgeräte, Schutzwesten und Kerosin, schreibt er in einer Expertise für die Nato.

Aber die amerikanische Regierung will Moskau noch immer nicht zu sehr verärgern – bei den Verhandlungen mit Iran und im Falle Syriens ist Washington auf Russland angewiesen. DAVID HESSE

## Am Rande der Paranoia

In Russland kocht der Nationalismus über: Gehetzt wird gegen Kreml-Kritiker, Künstler und jüdische Organisationen. Die Regierung will derweil den Mars erobern

was mich überrascht? Dass jüdische Organisationen diesen Maidan unterstützen. Was tun die? Verstehen sie nicht, dass sie damit einen zweiten Holocaust herbeiführen?“ Sakamskaja: „Den ersten haben sie ja auch herbeigeführt.“ Prochanow: „Das ist entsetzlich, diese frapperierende Blindheit, die sich offenbar wiederholt. Denn 1933 haben in Europa ja auch viele liberale Organisationen den Führer gepöppelt.“

Ähnlich wie Prochanow äußert sich auch Vizepremier Dmitrij Rogosin: „Unser Land war von Anbeginn an dazu bestimmt, eine Großmacht im Kosmos zu werden“, schrieb der Nationalist für die Regierungszeitung *Rossijskaja Gaset* und formuliert drei strategische Ziele: „Unsere Präsenz in den niedrigen Erdumlaufbahnen erweitern und von ihrer Besetzung zur Nutzung übergehen; Aneignung und Kolonisierung des Mondes und seiner Umgebung; Vorbereitung zur Aneignung des Mars und anderer Objekte des Sonnensystems.“

Weil nicht jeder in der Position ist, ein so großes Rad zu drehen, versuchen einige im Kleinen, auf die Sanktionen zu reagieren, Patriotismus zu zeigen und nebenbei ein bisschen daran zu verdienen. Cafés und Geschäfte hängen Zettel an ihre Türen: „Kein Zutritt für Obama!“ Eine Restaurantkette hat zwei neue Sushi-Sets im Sonderangebot: „Krim-Krabbe“ für zehn Euro. Für 11 Euro gibt es die Luxusvariante mit dem Namen „Danke Putin für die Krim“.

Am 14. April meldete die Agentur Interfax, in Russland lebende Migranten hätten die russische Führung gebeten, es „Gastarbeiter-Armeen gegen die Nato“ aufzustellen. Sie wollten ihren Beitrag zum „Schutz und zur Verteidigung“ leisten, hieß es in ei-

nem Brief der Föderation der Migranten in Russland, die Migration aus Nachfolgestaaten der Sowjetunion vertreten will. Man könne dem „aggressiven Druck des Westens“ nicht mehr länger nur zusehen.

Am gleichen Tag war die Moskauer Musikwissenschaftlerin Wera Tariwerdijewa zu einem Treffen in der Stadtverwaltung eingeladen. Die Stiftung ihres verstorbenen Mannes, des Komponisten Mikael Tariwerdijew, war um einen Beitrag zum Tag des kulturellen Erbes gebeten worden. Vereinbart war, dass eine Stipendiatin ein



Russische Oppositionelle, die wie auf diesem Bild für Pressefreiheit demonstrieren, werden derzeit diffamiert. FOTO: DPA

Stück aus der Oper „Ruslan und Ljudmila“ singt. Darin wird an einer Stelle die Liebe zum „weiten Dnjepr“ und zum „fernen Kiew“ ausgedrückt. Das Kulturdezernat strich es aus dem Programm.

Das Lieblingsthema des Abgeordneten Jewgenij Fjodorow von der Partei Einiges Russland ist die amerikanische Verschwörung gegen Russland. Seit 1991 sei sein Land praktisch eine Kolonie der USA, behauptet er. Daran hat man sich gewöhnt. Aber seine neueste Enthüllung schlägt Wellen: Wiktor Zoi, der Sänger der Punk-Gruppe „Kino“ war ein Agent der CIA, sagte Fjodorow in einem Video auf seiner Website. Der 1990 bei einem Autounfall ums Leben gekommene Zoi ist in Russland fast ein Heiliger. Sein Lied „Ich will Veränderung“ war die Hymne der Perestrojka-Generation. Offenbar hielt Fjodorow die Stimmung für günstig, um den Helden vom Sockel zu stürzen, und behauptete, alle seine kritischen Lieder seien in Hollywood geschrieben worden – als Teil eines Plans, die Sowjetunion zu zerstören. Vor einigen Tagen hat Fjodorow zusammen mit Abgeordneten der Kommunistischen Partei einen Antrag an den Generalstaatsanwalt Jurij Tschaika gestellt, wegen der Auflösung der UdSSR ein Verfahren gegen Michail Gorbatschow einzuleiten.

Der Staat tut alles, um die von den Sanktionen betroffenen Politiker und Unternehmer zu entschädigen. Von sofort an müssen alle Geschäfte im Energiesektor über die Bank Rossija abgewickelt werden, die von Putins Vertrautem Jurij Kowaltschuk kontrolliert wird und von den USA mit Sanktionen belegt wurde. Nach Berechnungen der Wirtschaftszeitung *Kommersant*

entspricht der Umsatz in diesem Bereich zwei Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts. Die Brüder Arkadij und Boris Rotenberg, sowie Genadij Timtschenko, alle alte Freunde Putins, die am Bau der Olympiastätten gut verdient haben, bekommen den Zuschlag, die Brücke über die Meerenge von Kertsch auf die Krim zu bauen – die Baukosten sind mit etwa einer Milliarde Dollar veranschlagt. Unterdessen sollen mehr als 55 000 Patrioten eine Petition im Internet unterschrieben haben, in der sie die USA bitten, ebenfalls auf die Sanktionsliste zu kommen.

An diesem Dienstag begann die Sitzung der Duma mit einem Auftritt von Wladimir Schirinowski, der sich seit zwei Jahrzehnten mit einer Mischung aus Nationalismus, Clownerie und Anpassungsfähigkeit in der Politik hält. Er trug einen Tarnanzug und eine Mütze wie die „grünen Männchen“ in der Ukraine und schimpfte auf Barack Obama, der Putin in einem Telefonat vorgeworfen hatte, die Unruhen in der Ostukraine zu schüren. Die Abgeordneten beschlossen, dass sich Blogger, die mehr als 3000 Leser haben, künftig wie ordentliche Medien registrieren lassen müssen. Zudem stimmten sie in erster Lesung für ein Gesetz, das die Wahl der Bürgermeister abschafft. Russland brauche eine starke Zentralmacht, erklärte der Abgeordnete Sergej Karginow: „Die Menschen sind wahlmüde, sie wollen keine Wahlen.“

Dimitrij Gudkow, einer von zwei verbliebenen Abgeordneten, die noch Opposition machen, fragte: „Von der Ukraine fordern wir Föderalisierung und Direktwahlen der Bürgermeister und Gouverneure. Aber bei uns schaffen wir sie ab?“ JULIAN HANS